
Der andere Hass

Definitionen des Antisemitismus stossen schnell an Grenzen. Aber was bedeutet er für das alltägliche Leben jüdischer Menschen?

Ein Essay von Alfred Bodenheimer, 10.01.2024

Was ist die Bedeutung des Rufs «*Free Palestine*»? Nicht wenige hochgebildete Köpfe haben die Formel inzwischen einzuordnen versucht – und mit noch mehr Geistesakrobatik geschieht dies gegenüber dem noch etwas ausführlicheren Slogan «*From the river to the sea, Palestine will be free*». Steht dieser Ruf nun für die Auslöschung des Staates Israel in seiner heutigen Form als jüdisch geprägter Staat, und wenn ja, läuft es hinaus auf eine Einstaatenlösung oder vielleicht doch eher auf einen Genozid an den dort befindlichen Juden? Je nachdem wird in diesen Erklärungen als wichtig erachtet, welcher Antisemitismusformel nun zu folgen wäre: jener der International Holocaust Remembrance Alliance, die besonders einseitige Äusserungen gegen Israel als antisemitisch brandmarkt; oder jener der darauf reagierenden «Jerusalem Erklärung», die mit einigem Aufwand klarzustellen versucht, dass gerade Antizionismus und Israelkritik strikt von Antisemitismus zu trennen seien.

Was sind diese Definitionen aber am Ende wert? Sie mögen aufgefahren werden, wenn es darum geht, ob Bilder bei einer Kunstaussstellung verhängt oder entfernt werden, ob bestimmte Transparente an Demonstrationen von der Polizei akzeptiert oder ob Künstlern, die irgendwann von ihrer Sympathie zur Boykottbewegung BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) getweetet haben, ein Preis aberkannt oder dennoch verliehen wird.

Zum Autor

Alfred Bodenheimer ist Professor für jüdische Literatur- und Religionsgeschichte an der Universität Basel. Er ist Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Studien und unter anderem Herausgeber einer Geschichte der Israelitischen Cultusgemeinde Zürich. Bekannt geworden ist Bodenheimer als Autor von Kriminalromanen, die auch Milieustudien des Zürcher Judentums darstellen. Er lebt mit seiner Familie in der Schweiz und in Israel.

Definitionen nützen dort, wo es um öffentliche Diskussionen und Aufgeregtheiten geht – also in der Regel nicht dort, wo jüdische Menschen konkret in Bedrängnis kommen. Und das geschieht bekanntlich seit dem 7. Oktober, seit dem Massaker der Hamas im Grenzgebiet Israels zum Gazastreifen, in noch weit grösserem Umfang als zuvor schon.

Ein Beispiel? Vor kurzem war ich, gemeinsam mit anderen Gästen, bei einer jüdischen Familie in einer Schweizer Stadt am Schabbat zum Essen eingeladen. Der zwölfjährige Sohn des Hauses war nicht lange zuvor in der Schule mit dem Ruf «*Free Palestine*» bedacht worden, was ihm bedrohlich genug erschien, dass er es zu Hause erzählte. Mein Sitznachbar bei diesem Essen,

Dozent an einer Schweizer Hochschule, berichtete mir, dass zwei der zehn Studierenden in seinem Seminar, denen allen seine jüdische Identität bekannt sei, seit dem Überfall der Hamas ein «Free Palestine»-Logo auf ihren Laptops hätten – aber nur in seinen Kursen, die notabene nichts mit dem Nahostkonflikt verbinde. Bei anderen Gelegenheiten habe er gesehen, dass die beiden Studierenden ausserhalb seiner Kurse ihre Computer nicht mit diesem Logo schmückten. Es tut eigentlich nichts zur Sache, sei aber doch erwähnt, dass weder der zwölfjährige Schüler noch der Dozent einen ersichtlichen biografischen oder familiären Zusammenhang mit Israel aufweisen.

Es braucht keinen Abschluss in Nahoststudien, um zu verstehen, dass die Botschaften, die diesen beiden übermittelt wurden, mit dem Nahen Osten überhaupt nichts zu tun hatten. Sie können in den Situationen, in denen sie auftraten, weder als Gesprächseinladung noch als Kritik an der Siedlungspolitik verstanden werden, sondern sie sind das, als was sie von den zum Ziel Gewählten, dem Schüler und dem Dozenten, verstanden werden: anti-jüdische Anfeindungen.

Solche Aktionen, die gemeinhin womöglich als unspektakuläre Dummejungenstreiche oder Gedankenlosigkeit seitens der Täter abgetan werden, die aber tatsächlich angreifen, beleidigen, verunsichern und sich tief in die Angegriffenen eingraben, stehen exemplarisch für die riesige Dunkelziffer täglicher Vorfälle im ganzen Land, die bei keiner Meldestelle eingehen, mithin in keiner Statistik auftauchen. Um ihre Tragweite zu verstehen, um überhaupt zu verstehen, was es heisst, in einer tendenziell antijüdisch mobilisierten Gesellschaft als jüdisch identifiziert zu werden, mag der Blick auf die Synagogen, jüdischen Schulen und Gemeindezentren in unserem Land hilfreich sein.

Nachdem sie sich dem Drängen der finanziell überforderten jüdischen Gemeinden längere Zeit verschlossen hatten, haben Bund und Kantone in den letzten Jahren ihre Hausaufgaben gemacht und finanzieren relativ umfassend den polizeilichen Schutz dieser Gebäude. Gerade durch diese Integration in ein von der öffentlichen Hand getragenes Schutzkonzept aber sind diese Orte noch stärker zu Fremdkörpern innerhalb des Stadtbilds geworden. Sie stehen gewissermassen prototypisch für Michel Foucaults Konzept der Heterotopie. Orte, die in Foucaults Worten «Gegenplatzierungen» zur Gesellschaft sind, in der sie sich befinden, «Orte ausserhalb aller Orte, wiewohl sie tatsächlich geortet werden können».

Nun mögen Synagogenbesucher achselzuckend in Kauf nehmen, dass sie sich in einem Fremdkörper innerhalb ihrer Stadt befinden, solange sie sich einigermaßen sicher fühlen – doch das ist nicht der Punkt. Vielmehr verweist eben die «Gegenplatzierung» der Heterotopie darauf, dass sie einen Ort markiert, dessen jüdischer Charakter identisch wird mit dem Anerkennen von Schutzbedürftigkeit. Sobald die Besucherinnen diesen geschützten Raum verlassen – auf der Strasse, im öffentlichen Verkehr, an der Arbeit, in der Schule –, wird der Wegfall des Schutzes umso spürbarer. Die jüdische Person, falls sie als solche identifizierbar oder bekannt ist, wird nun selbst zur Heterotopie; in ihrer Schutzbedürftigkeit gewissermassen staatlich anerkannt, aber schutzlos, gerade auch angesichts einer Öffentlichkeit, in der bekanntlich das Wegschauen der eingespielte Reflex gegenüber mündlicher oder auch tätlicher Gewaltausübung im öffentlichen Raum ist.

Diese Exponiertheit verlangt Juden unmittelbare Entscheidungen ab: Gibt man sich etwa in der Öffentlichkeit noch als jüdisch zu erkennen? Eine Frage, mit der auch ich mich persönlich auseinandersetzen habe, denn seit meiner Kindheit habe ich mich auf der Strasse nie anders bewegt als mit

einer Kippa auf dem Kopf. Warum die Kippa, warum nicht eine Mütze, die ja die Idee der Kopfbedeckung mindestens ebenso gut erfüllt?

Über Generationen hinweg, seit Beginn der Entwicklung, die im 19. Jahrhundert zur Emanzipation der Juden führte, gab es die Maxime, zu Hause Jude zu sein und in der Öffentlichkeit ein Mensch, also sein Judentum im öffentlichen Raum zu verstecken oder zu neutralisieren. Meine Generation, diejenige der in den 1960er-Jahren Geborenen, war die erste, die begann, nicht nur daheim, sondern auch in der Öffentlichkeit die Kippa zu tragen (was wohl auch der politischen Situation nach dem Sechstagekrieg von 1967 geschuldet war, der Israel zunächst viel Goodwill einbrachte). Das bedeutete, dass hier erstmals die Grenze von privatem und öffentlichem Raum aufgehoben wurde.

Wer auf der Strasse herumliefe wie zu Hause, konnte davon ausgehen, dass er selbst, wo immer er sich bewegte, kein Fremdkörper war. Er war überall derselbe, kannte keine Sphären des Verbergens und Aufdeckens, er war überall authentisch. Man nennt einen solchen Zustand auch Normalität. Und es war nicht allein das Judentum, auf das man stolz sein konnte, wenn man die Kippa überall auf dem Kopf behielt, sogar (wie ich) damit den Schweizer Militärdienst leistete. Es waren ebenso das Land und die Gesellschaft, die diese Normalität und dieses Sicherheitsgefühl zuließen. Wenn von jüdischen Menschen auf diese Normalität nicht mehr vertraut werden kann, ist das ein Paradigmenwechsel, und zwar für die Schweiz nicht weniger als für die Juden selbst.

Damit will ich nicht sagen, dass die Zeit meiner Jugend eine heile Welt war. Antisemitismus gab es auch in meiner Schule, die in den Siebzigern und Achtzigern als bei Juden beliebtestes Gymnasium Basels galt; und interessanterweise waren es eher Lehrerinnen als Schüler, bei denen er sich äusserte. Am deutlichsten bei einer Lehrerin, die jüdische Schüler mit Sprüchen über Gaskammern verlachte oder ihnen das Leben gleich von A bis Z zur Hölle machte, ohne dass daraus irgendwelche Konsequenzen für sie erwachsen wären. Diese Lehrerin war bekennendes Mitglied der heute vergessenen, damals aber im Nationalrat vertretenen Linkspartei Poch (Progressive Organisationen der Schweiz), die stramm antizionistisch agitierte. Über linken Antisemitismus musste uns schon als Teenager keiner was erzählen.

Für Analytiker des Antisemitismus, die so viel Aufwand leisten, um dessen Spielarten korrekt einzuordnen, mag das schwer nachvollziehbar sein, aber es ist jüdischen Menschen letztlich vollkommen egal, ob dieser Antisemitismus von rechts oder von links kommt, christlich oder islamisch inspiriert ist. Mit Bezug auf die Wandelbarkeit und Persistenz des Antisemitismus, dieses im Vergleich zu allen bekannten Formen der Ausgrenzung, Verfolgung und Unterdrückung so ganz anderen Hasses, hat unter anderem der damalige britische Oberrabbiner Lord Jonathan Sacks schon 2016 in einer Rede im Europäischen Parlament und unter Zuhilfenahme einer eingängigen Metapher von einem «*mutating virus*» gesprochen.

Nicht die Ideologie generiert demnach den Judenhass, sondern dieser sucht sich die für Ort und Zeit gerade passende Ideologie, um maximale Wirkung zu erzielen. Wenn das Christentum boomt, sind die Juden Gottesmörder; floriert die Rassenlehre, weist man ihren Untermenschencharakter nach; geht es gegen den Kommunismus, so verortet man sie in dessen Machtzirkeln; ist die klassenlose Gesellschaft in Mode, sind Juden die Kapitalistenschweine. Und fallen einem trotz allem Antikolonialismus keine existierenden Kolonien mehr ein, so bezeichnet man Israel als eine solche und macht sich gemein mit Leuten, die mit Berufung auf ein nihili-

stisches Religionsverständnis alle Juden töten wollen. Dass scharf kritisiert wird, wie viele zivile Todesopfer der Gazakrieg fordert, ist nachvollziehbar. Doch in einer nicht untypischen Projektion wird Israel (und dies keineswegs erst seit 2023) des Genozids an einer Bevölkerung bezichtigt, deren Zahl sich im Gazastreifen seit 1950 fast verzehnfacht hat.

Wenn diese Projektion im Jahr 2023 zu einem sozialen Klima führt, in dem sich Präsidentinnen amerikanischer Top-Universitäten bei einem Kongress-Hearing winden, um die Aussage zu vermeiden, dass der Aufruf zu einem Genozid an Juden an ihren Institutionen Sanktionen zeitigen müsse, wird die Rückkoppelung des Genozid-Vorwurfs erkennbar. Die befragende republikanische Abgeordnete Elise Stefanik mag ihre eigene rechte Agenda verfolgt haben, doch auch im Bewusstsein dessen hat das Hearing bei Jüdinnen weltweit einen Schock ausgelöst. Dass von den Präsidentinnen nachträglich teilweise Selbstkorrekturen und sogar zwei Rücktritte folgten, hat diesen Schock nicht gemildert, sondern eher noch deutlicher gemacht, wie tief die Probleme an amerikanischen Top-Universitäten heute gehen.

Dass der Bevölkerung Israels mit Betonung auf deren jüdischen Charakter der Genozid sowohl angedroht oder vielmehr angekündigt wie im Umkehrschluss auch vorgeworfen wird, hat eine fatale Folgerichtigkeit. Seit der Schoah kann Judenhass, wenn er konsequent verstanden wird, nicht mehr kleiner gedacht werden als genozidal – und da die Strafe der angeblichen Schuld entsprechen muss, treffen sich hier eigene Absicht und unterstelltes Verbrechen der Gegenseite.

Wenn aber dieser krankhafte Hass offenbar nicht auszumerzen ist, auch nicht über Hunderte oder gar Tausende von Jahren, dann fragt sich, was Gesellschaften tun können, um ihn zumindest in Schach zu halten. Dazu gibt es eine klare Antwort: Damit Antisemitismus in einer Gesellschaft überhandnimmt, braucht es keine 51 Prozent Antisemiten – sondern 85-Prozent, die allenfalls peinlich berührt oder gleichgültig sind, die aber wegschauen, weil es sie selbst ja nicht betrifft. Was in sich ein grosser Irrtum ist.

Verschiedenen Antisemiten wie Karl Lueger, dem Bürgermeister Wiens um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, oder auch Hermann Göring wird der Satz zugeschrieben: «Wer Jude ist, bestimme ich.» Und genau so ist es. Wenn eine Gesellschaft beginnt zuzulassen, dass bestimmte Gruppen sich ausgeschlossen fühlen, akzeptiert sie auch, dass es Instanzen gibt, die diese Ausschlussmerkmale nach Gutdünken bestimmen und anwenden. Daraus entwickeln sich Machtstrukturen und Repressionsmechanismen, die unkontrollierbar sind und die demokratischen Strukturen zerstören – für jedermann. Wer realisiert, dass sein Wegschauen bei der gezielten Beschädigung jüdischer Menschen Kollaboration an der potenziell eigenen Deklassierung und Entrechtung bedeutet, wird sich vielleicht beim nächsten Mal einen Ruck geben und Solidarität bekunden.

Der deutsch-jüdische Schriftsteller Arnold Zweig (1887–1968) hat schon in den 1920er-Jahren den Antisemitismus als «Gruppenleidenschaft» bezeichnet. Das emotionale Moment des Antisemitismus und seine Wandelbarkeit mögen es einerseits, wie eingangs gezeigt, schwer machen, ihm mit Definitionen beizukommen. Andererseits erleichtert das Bewusstsein darum womöglich die Selbstprüfung, und dies gerade in Zeiten, in denen Israel als Krieg führender Staat unter verschärfter und kritischer Beobachtung steht. Ist meine Kritik an diesem Staat allein durch dessen Verhalten und nicht durch eine grundsätzliche Ablehnung seiner Bevölkerungsmehrheit aufgrund ihres Judentums motiviert? Bin ich imstande, jüdischen Men-

schen hier in der Schweiz vorurteilslos zu begegnen, da meine Sachkritik nichts mit ihrer Zugehörigkeit zu tun hat?

Das sind Fragen, die sich jede Einzelne nur persönlich stellen und beantworten kann – am besten bei einem tiefen Blick in den Spiegel.